

(L. B. 100 000 M. für Kriegsunterstützungen). Es bleibt darnach ein Vortrag von nicht weniger als 1 254 246 M. (249 133 M.). Von der anfänglichen Wohlfraktionssumme von 2 500 000 M. sind 1 200 000 M. der Nationalstiftung für die im Kriege Gefallenen zugedacht, 3000 M. dem Kriegesbeschäftigtenkonto und 1 Million Mark den Kriegsbeteiligten Werkangehörigen in Form von Ruhezulagen und Waffenverforgung. Vor Feststellung des Reingewinns wurden außerdem, wie ich Ihre, 530 000 M. aus laufenden Mitteln für Kriegswohlfraktionzwecke bestritten. Die Abschreibungen betragen etwa 1 500 000 M. (892 958 M.). Der Umsatz stieg auf das Dreifache des letzten Friedensjahres.

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: „In den Industrien, denen der Krieg glänzende Zeiten gebracht hat, gehört auch die Lederindustrie. Das hat eine Reihe bereits bekannt gewordener Abschlässe gezeigt. In besonders glanzvoller Weise aber kommt es in dem Abschluß zum Ausdruck, den die größte deutsche Lederfabrik in Altensford, die Adler & Oppenheimer Lederfabrik A.-G. in Straßburg, soden der Öffentlichkeit unterbreitet. Ein so überaus starkes Hinanschwellen des Gewinns, wie ihn die mitgeteilten Abschlußjahren für 1914/15 zeigen, kann nur durch ganz außergewöhnliche Zeit- und Geschäftsverhältnisse hervorgerufen werden, wie sie der Krieg mit seinen ungeheuren Heereslieferungen und seiner dadurch wesentlich gesteigerten Verdienstmöglichkeit mit sich bringt. Dadurch konnte das Unternehmen nicht nur aus seinen großen Vorräten und Beständen gesteigerten Nutzen ziehen; es war auch andauernd in intensiver Weise beschäftigt, und es wird wohl vorerst auch weiter gute Beschäftigung haben. Für die Ausdehnung des Geschäfts im letzten Jahre bietet die Angabe einen Anhalt, daß der Umsatz auf das dreifache des letzten Friedensjahres gestiegen ist. Rechnet man dazu die wesentlich gestiegenen Preise, so hat man die Erklärung, daß der Reingewinn auf nahezu das Fünffache, auf rund 8½ Millionen, angewachsen ist, wobei als zweifellos vorausgesetzt werden kann, daß dabei in der Bewertung der Vorräte und Bestände erhebliche Gewinne intern zurückgelegt worden sind. In anerkennender Weise sorgt das Unternehmen auch durch sichtbar gemachte Rückstellungen für die Zukunft, und es weist außerdem stattliche Summen für Wohltätigkeit aus. Die Abschreibungen werden mit 1 500 000 M. nahezu verdoppelt. Nachdem schon vorher über ½ Million Mark aus laufenden Mitteln für Wohlfraktionzwecke verwandt worden sind, stellt die Gesellschaft weitere 2½ Millionen Mark dafür zurück, wovon 1 200 000 M. der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen durch Ueberweisung an die Nationalstiftung für die im Kriege Gefallenen.“ Außerdem werden 2 Millionen Mark für künftige Anforderungen oder Schäden aus Anlaß des Krieges zurückgestellt, die Sanierteile für die im Kriege Gefallenen. „Außerdem werden 2 Millionen Mark für künftige Anforderungen oder Schäden aus Anlaß des Krieges zurückgestellt, die Sanierteile für die im Kriege Gefallenen.“ Außerdem werden 2 Millionen Mark für künftige Anforderungen oder Schäden aus Anlaß des Krieges zurückgestellt, die Sanierteile für die im Kriege Gefallenen.“

Also wirklich Goldbergwerk. Die glücklichen Aktionäre der Straßburger Lederfabrik können mit Ulrich v. Suttner ausrufen: „Es ist eine Lust zu leben!“, nicht trotz des Krieges, sondern im Gegenteil gerade wegen des Krieges. Und die Spuren davon laufen bis in die kleinste und ärmste Stütze, wo man Schuhe trägt und mit den hohen Schuhpreisen auch die teuren Lederpreise und die Millionengewinne der Aktionäre bezahlen muß.

Unsere künftige Handelspolitik.

Die Eingabe der großen wirtschaftlichen Verbände, die unter Führung des Zentralverbandes Deutsch-Industrieller und des Bundes der Landwirte an die Reichsregierung die Forderung richteten, beim Friedensschluß bestimmte handelspolitische Forderungen dieser Interessentengruppen zu berücksichtigen, hat dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen Anlaß gegeben, sich gleichfalls mit dieser Frage, die vom Standpunkte großer Konsumententeile von Bedeutung ist, zu beschäftigen. Er hat sich dabei frei gehalten von einer Erörterung der Streitfrage der Handelspolitik, ob Freihandel oder Schutzoll, wie der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen überhaupt nicht den einschlägigen Standpunkt der Verbraucher-

interessen eingenommen hat. Aber er hat in seiner Eingabe betont, daß zwischen der berechtigten volkswirtschaftlich gesunden Förderung von Produktion und Handel durch politische Methoden und der spekulativen Ausgestaltung der Zoll- und Handelsvertragspolitik zugunsten der privatwirtschaftlichen Erwerbsinteressen unternehmender Produzenten und Händler ein grundlegender Unterschied besteht. Durch den Mißbrauch der Handelspolitik für die Zwecke einseitiger Interessentengruppen, wie er sich in den eingangs erwähnten feindseligen Bestrebungen des sogenannten Kartells der schaffenden Stände andeutet, werden sozialwirtschaftliche Gegensätze in der Nation heraufbeschworen, die eine Abwehrbewegung der Konsumenten gerade so notwendig machen, wie der Mißbrauch der Kriegskonjunktur durch Produzenten und Händler auf dem Binnenmarkt die Macht der Kriegsaussschüsse für Konsumenteninteressen ins Leben gerufen hat. Zum Schluß erhebt er die Forderung, daß im Wirtschaftlichen Ausschuß, der dem Reichsamt des Innern angegliedert ist, die großen Berufsverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Vertretung erlangen. Die Fragen, die an dieser Stelle behandelt werden, sind nicht mehr reine Interessentfragen der großen Berufsverbände der Landwirtschaft und Industrie; an ihr haben auch Anteil die Kreise der Verbraucher, besonders unter Berücksichtigung der außerordentlich hohen Preislage aller Verbrauchsgegenstände, die wahrscheinlich auch noch nach dem Kriege die erwerbstätige Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung außerordentlich beengen werden.

Staatsarbeiterrecht und Koalitionsrecht.

Seitdem eine Konferenz von Regierungsvertretern zur Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahner Stellung genommen und die bayerische Regierung den Eisenbahnerverband beiseite gelassen hat, nimmt die „Zeitung des Verbandes deutscher Eisenbahner und Arbeiter“ (Erierverb. Berliner Verband) in jeder Nummer Veranlassung, die sozialdemokratische Presse zu befehlen und zugleich den Staatsregierungen immer wieder den Vorwurf zu machen, daß sie den Sozialdemokraten entgegenkommen zeige, während sie auf berechnete Wünsche der Staatsarbeiterverbände nicht eingehe. Wir haben zweimal schon auf dieses etwas sonderbare Verhalten des genannten Blattes hingewiesen. In seiner neuesten Nummer verleiht sich nun das Eisenbahnerblatt zu der Bemerkung, daß die sozialdemokratische Partei aus ganz unsachlichen Motiven heraus sich auf einmal um die Eisenbahner kümmere. Die sozialdemokratische Presse greife den Erierverb. Berliner Verband wegen seiner Eingabe an den Staatssekretär des Innern an, verschweige aber das Wesentlichste, nämlich, daß alle auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Organisationen der Staatsarbeiter in dieser Frage (Staatsarbeiterrecht) einig sind.

Dazu ist zunächst zu sagen, daß die sozialdemokratische Partei sich nicht erst jetzt um die Eisenbahner kümmert, sondern sich stets nach Kräften der Eisenbahner, sowie aller in Staatsbetrieben Beschäftigten angenommen hat. Ob die Motive dazu unsachliche waren oder sind, darüber steht einem Urteil nicht zu, das die Forderungen, die die Sozialdemokratie im Interesse der Staatsarbeiter von jeher vertreten hat, ansehend gar nicht kennt. Mit dem Hinweis darauf, daß alle auf gewerkschaftlichem Boden stehende Organisationen der Staatsarbeiter in der Frage des Staatsarbeiterrechts einig seien, sucht der Erierverb. Berliner Verband den Anschein zu erwecken, als sei er selbst auch zu den gewerkschaftlichen Organisationen zu rechnen, während er sich immer mehr darauf einrichtet, im neuen Deutschland eine Organisation zur Befämpfung der Sozialdemokratie zu werden. Die Sozialdemokratie hat stets ihre Anhängererschaft auch unter den Staatsarbeitern zu vermehren gesucht. Ganz selbstverständlich. Das wird sie ebenso selbstverständlich auch ferner tun und weil für sie in dieser Beziehung die Aussichten im neuen Deutschland etwas günstiger zu sein scheinen, glaubt der Erierverb. Berliner Eisenbahnerverband sich heute schon um so mehr bekämpfen zu sollen. Nicht die sozialdemokratische Presse hat den Verband angegriffen, sondern sie weist nur die in dem Organ des Verbandes gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe zurück.

Nun wird weiter in dem Eisenbahnerblatt gesagt, daß der Verband „bei Erschaffung eines Staatsarbeiterrechts auch die Regelung des Koalitionsrechts mitgefordert“ habe, was z. B. der „Vorwärts“ gar nicht zu beachten scheint. Wir wissen z. B. ganz genau, was der Verband unter Regelung des Koalitionsrechts versteht. Diese Forderung deckt sich nicht mit der von den Gewerkschaften geforderten Koalitionsfreiheit. Der Erierverb. Berliner Eisenbahnerverband konnte nur gehen auf dem Boden der Unfreiheit. Nur weil es bisher in Preußen für die Eisenbahner kein Koalitionsrecht gab und weil den Eisenbahnern auch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verboten war, konnte eine Organisation von der Art des Erierverb. Berliner Verbandes zu einiger Bedeutung gelangen. Sobald den Eisenbahnern Koalitionsfreiheit gegeben würde, wäre es mit der Herrlichkeit dieses Organisationsgebildes vorbei. Darüber ist sich die Verbandsleitung jedenfalls klar und deshalb ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Vorwürfe gegen die Regierung wegen Begünstigung sozialdemokratischer Forderungen. Im Interesse der Eisenbahner wäre aber zu wünschen, daß das Verbandsorgan zurzeit etwas weniger aggressiv sich gegen die ihm so unbedeutsame politische Partei wendete, es würde den gegenwärtigen Zeitumständen besser entsprechen und wäre gewerkschaftlicher.

Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln.

Ihre zweckmäßige Verteilung und die Festsetzung angemessener Preise sind noch immer die wichtigsten innerpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen. Gängt doch von ihrer richtigen Lösung zu einem guten Teile der glückliche Ausgang des Krieges mit ab. Wir sind darin sicher schon ein gutes Teil vorwärts gekommen, aber es müssen doch immer wieder viele Schwierigkeiten, die sich der glatten Lösung von neuem entgegenstellen, überwunden werden. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hatte daher auch in der letzten Zeit reichliche Gelegenheit, für die Interessen der Verbraucher energisch einzutreten. Er hatte u. a. in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern zur Behebung des recht unangenehmen Schweinefleischmangels eine Reihe zweckdienlicher Maßnahmen vorgeschlagen. Unter andern verlangte er darin das Verbot des Vorverkaufs und die Einführung von Schlussscheinen im Viehhandel, eine natürliche Staffelung der Fleischpreise, die Beschränkung der Fleisch- und Wurstverarbeitung und Festsetzung von Preisen für Wurstwaren, die in einem angemessenen Wertverhältnis zum Frischfleisch stehen. Auch bei Rindern und Rindfleisch hält er die baldige Einführung von Höchstpreisen für unbedingt erforderlich.

Der Ausschuß wandte sich auch ganz energisch gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuckerfabrikanten zur Erhöhung der Zuckerpresse um weitere 25 Prozent. Er wies dabei besonders auf die große Bedeutung des Zuckers als Fettaufschlag hin und bezog sich auf die angestrebte Erhöhung angesichts der außerordentlichen Gewinne der Zuckerfabriken als durchweg unberechtigt. Man kann wohl annehmen, daß die Zuckerinteressenten mit ihren Verteuerungsbestrebungen keinen Erfolg haben werden.

Nachdem neuerdings auch Höchstpreise für Gemüse festgesetzt wurden, macht sich eine große Unzufriedenheit darüber bei den Gemüsegroßhändlern bemerkbar. Sie behaupten, daß für die festgesetzten Preise kein Gemüse vom Auslande eingeführt werden könnte. Demgegenüber machte der Kriegsausschuß geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahre üblichen Preisen stehen, trotzdem auch da schon anormale Zeiten waren und die vorjährigen Preise ebenfalls schon über den in der Friedenszeit üblichen Preisen standen. Man könne daher kein allzu großes Gewicht auf die Stimmung der Großhändler legen. Wenn der Handel versagt, müßten die Gemeindeverwaltungen eintreten und die ausreichende Beschaffung von Gemüse sichern.

Ein Arbeiterstreich in England.

Die organisierten Arbeiter des Clydesidestritts haben über die Regierung einen glänzenden Sieg errufen. In Goran waren drei Arbeiter ins Gefängnis geführt worden, weil sie sich weigerten, die ihnen vom Munitionsgesetz wegen Streiks auferlegte Geldbuße von 10 Pfund zu bezahlen. Dreißig Tage hätten sie sitzen sollen. Aber die organisierte Arbeitererschaft wachte. Sie erklärte, daß sie in den Streik treten würde, falls die Verurteilten nicht binnen acht Tagen frei gelassen würden. Und in der Tat, einige Stunden vor dem Ablauf des Ultimatums wurden die Verurteilten entlassen.

Die Regierung hat allerdings ihre Niederlage nicht öffentlich einsehen wollen. Just am selben Tage — dem 28. Oktober — wo die Entlassung stattfand, antwortete Lord George auf eine Interpellation des Genossen Anderson in dieser Sache, daß die Bußen am selben Morgen bezahlt und die Arbeiter entlassen worden seien. Die Zuhörer mußten glauben, daß die Verurteilten selbst die Strafen bezahlt oder in ihre Bezahlung eingewilligt hätten. Aber das ist nicht der Fall. Die Arbeiter von Clyde sind der Meinung, daß die Bußen, wenn überhaupt, von einer Seite bezahlt worden sind, wo man Lloyd George eine Entschuldigung vor den arbeitserfeindlichen Parlamentariern und einen Scheinerfolg vor der Arbeitererschaft sichern wollte. — Im ganzen waren 17 Arbeiter verurteilt worden. 14 von ihnen nahmen das Angebot des Schiffbauerverbandes an, für sie zu zahlen, drei aber lehnten aus Prinzip ab, da der Beamte des Verbandes über die Herkunft der Gelder nichts sagen wollte. Im Gefängnis sind die drei gleich gemeinen Verbrechern behandelt worden. Sie betamen Einzelhaft und harte Arbeit. Einer von ihnen ist ein tätiges Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei und Superintendent der sozialistischen Sonntagschule.

Die Entlassung hat die Möglichkeit gegeben, die Verhandlungen über die Beschwerden der Arbeiter von Clyde wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaftsfunktionäre hätten bis dahin die Teilnahme an den Verhandlungen sifiziert. Die organisierten Arbeiter haben auch darin gezeigt, daß die zwei Arbeiter, die den Anlaß zur ArbeitsEinstellung ihrer Kameraden gegeben hatten, weil sie ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen waren, dies nun nachgeholt haben.

Der Sinn der allgemeinen Dienstpflicht in England.

(SA) Wielsch wird das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht in England und der Widerspruch gegen ihre Einführung von deutschen Beurteilern als Beweis für den Mangel an demokratischen Grundideen im öffentlichen Leben des Inselreichs angeführt. Ist es nun schon ganz allgemein unantastbar, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht

als unter allen Umständen demokratisch hinzustellen, so hat der Widerstand, auf den die gegenwärtige Kampagne zugunsten einer Übertragung des kontinentalen Militärsystems auf England stößt, noch seine besonderen Gründe, auf die in Deutschland nicht immer genügend geachtet wird. Es kommt nämlich einem sehr großen Teil der Befürworter der allgemeinen Dienstpflicht nicht sowohl auf eine Verstärkung des Heeres an als vielmehr auf die Einführung eines Arbeitszwanges in den privatkapitalistischen Unternehmungen zur Befriedigung des Heeresbedarfs. Daß diese Absicht auch von den englischen Arbeitern nicht durchweg erkannt wird, hebt neuerdings wieder das Organ der Fabier der „New Statesman“ hervor.

Der Arbeiter — so sagt er — würde für eine unbestimmte Zeit zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sein, ohne es in seiner Gewalt zu haben, seinen Platz zu verlassen. Er würde unter summarischen Strafanordnungen stehen, Eöhne, Arbeitszeiten und Bedingungen haben, auf deren Festsetzung weder er noch seine Gewerkschaft, irgend einen Einfluß besäße, und denen er sich ohne Zustimmung seines Unternehmers nicht entziehen könnte. Eine derartige industrielle Ausbeutung würde sich aber nicht erstrecken auf die, die nicht Schararbeiter sind. Nicht auf die Unternehmer, die in der gewohnten Weise weiter ihre Profite machen werden, nicht auf irgend welche Personen, die von ihren Renten ... leben.

Von anderer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Anhänger der Dienstpflicht in der Regierung sich von dem Gedanken leiten ließen, das englische Kabinett müsse die Möglichkeit haben, in bestimmten Verhältnissen mit streitenden Arbeitern ebensogut fertig zu werden wie der französische Ministerpräsident Briand im Jahre 1910 mit dem Streik der französischen Eisenbahner, die er einfach zu den Fahnen einberief. Kurz und gut, so einfach ist das Problem der Dienstpflicht auf keinem Fall, wie gewisse mit dem Wort schnell fertige Kritiker der staatlichen Einrichtungen Englands es hinstellen möchten.

Amerikanische Löhne.

„Schuh und Leder“ berichtet nach dem amerikanischen Bundesbureau für Arbeiterstatistik, daß die Arbeitszeit in den großen Schuhfabriken des Landes durchschnittlich 55 Stunden in der Woche beträgt. Die Erhebung erstreckt sich auf 91 Betriebe in den verschiedenen Zentren der Schuhindustrie und umfaßt 53.000 Arbeiter, ein Viertel der Lohnarbeiter in der Schuhbranche.

Die durchschnittlichen Löhne waren bei voller Beschäftigung im Jahre 1914 die gleichen wie 1913; dagegen waren sie um 8 und 9 Prozent höher als in den Jahren 1911 und 1910. Die Verkürzung der Arbeitszeit betrug 1, 2 und 3 Prozent gegenüber den Jahren 1913, 1912 und 1910. Der durchschnittliche Wochenlohn der einzelnen Arbeitszweige war im Jahre 1914 für:

| | Dollar |
|---|--------|
| Schuhzuschneider (Männer) | 19,65 |
| Rafschneuzuschneider (Männer) | 17,93 |
| Knopflochmacher (Frauen) | 10,70 |
| Futterarbeiter (Frauen) | 10,77 |
| Rappenstapper (Frauen) | 11,45 |
| Oberlederarbeiter (Männer) | 17,04 |
| Oberlederarbeiter (Frauen) | 13,14 |
| Leistenarbeiter (Männer) | 17,68 |
| Rantengurtdrucker (Männer) | 22,54 |
| Rantengarnierer (Männer) | 22,01 |
| Goodyearstapper (Männer) | 22,57 |
| Sandtreter (Männer) | 15,38 |
| Sandtreter (Frauen) | 9,12 |

Diese Wochenlöhne verstehen sich nur bei voller Beschäftigung, und sind der Durchschnitt der Arbeiterkategorie, nicht des einzelnen Arbeiters.

Gewerkschaftliches.

Die Regierung und die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Der Staatssekretär des Innern hat am 19. November 1915 folgendes Schreiben an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gerichtet:

„Mit lebhafter Anteilnahme habe ich die Entwicklung der Verhältnisse unter dem geltenden Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, der in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung gewonnen hat, verfolgt. Gegenstand meiner ernstlichen Aufmerksamkeit ist namentlich der Ende März 1916 bevorstehende Ablauf des Vertrages. Es liegt meines Erachtens im öffentlichen Interesse, daß der Eintritt einer tariflosen Zeit vermieden wird. In der sicheren Erwartung, mit dieser Ansicht bei Arbeitgebern und Arbeitern des Baugewerbes Zustimmung zu finden, glaube ich, daß die beiderseitigen Verbände bereit sein werden, mitzuwirken, um dieses Ziel zu erreichen.“

Zunächst wäre es mir von Wert zu erfahren, bei den beteiligten Verbänden bereits Schritte eingeleitet worden sind, um dem möglichen Zustand der Tariflosigkeit vorzubeugen, und was etwa auf diesem Gebiete geschehen ist.

Jedenfalls halte ich es für unbedingt erforderlich, daß alsbald jeder Verband für sich zu der Frage Stellung nimmt, ob er zur Teilnahme an Verhandlungen der bisherigen Vertragsparteien über eine Verlängerung oder Erneuerung des Tarifvertrages bereit ist. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen erbitte ich eine Mitteilung und behalte mir ergebenst vor, wenn nötig, gemeinsame Verhandlungen der Parteien zu einem geeigneten Zeitpunkt anzuregen.“

Der Bundesvorstand hat sich in seiner Antwort vom 23. November 1915 bereit erklärt, mit den bisher am Reichstarifvertrag beteiligten drei Arbeiter-Zentralverbänden über die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft zu verhandeln.

In gleicher Weise hat der Staatssekretär des Innern auch Tarifverhandlungen im Malergewerbe angeregt. In diesem läuft der Reichstarifvertrag bereits am 15. Februar 1916 ab.

Das Kontrollsystem in den Fabriken.

Der Krieg begünstigt das weitere Eindringen der Frau in die Industrie sehr stark. Die allgemein gefüggige Arbeitskraft der Frau läßt aber eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen befürchten, nicht allein in der Lohnhöhe, sondern auch in manchen anderen Betriebsrichtungen. Schon jetzt ist in manchen Fabriken zu beobachten, daß heute noch vielmehr als vor dem Krieg auf die vollständige Ausnutzung der Arbeitskraft gesehen wird. Vorhandene Kontrollvorrichtungen werden erweitert, neue Kontrollleure eingestellt und die Kontrolle selbst wird in einer Weise gehandhabt, wie nie zuvor. Bei Krupp in Essen werden die Frauen, von denen dort gegenwärtig ca. 7000 beschäftigt sind, an glatte Arbeiten gestellt und auf ihre Leistungen derart kontrolliert, daß sie stellenweise mehr leisten als bisher männliche Arbeiter. Daß diese Arbeitsweise von den Frauen auf die Dauer mit gesundheitlichen Schädigungen bezahlet wird, unterliegt keinem Zweifel. Nach berühmten Mustern wird bei Krupp genau kontrolliert, welche Zeit die Frauen zum Besuch des Abortes gebrauchen, die Kontrollleurein geht den Frauen zu diesem Zweck bis in den Abort nach.

Den Gewerkschaften ist das Eindringen solcher Mißstände nicht unbekannt. Am aber auf gründliche Abstellung zu dringen, müßten die Arbeiterinnen sich den gewerkschaftlichen Verbänden anschließen. Bei einem Vorgehen gegen solche Mißstände müßten die Gewerkschaftsleitungen, gewissermaßen durch die organisierten Arbeiterinnen legitimiert, sich eben auf die Wünsche und Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen des Betriebes stützen können.

Eingabe an das Oberbergamt zu Dortmund um Vermittlung in der Lohnfrage.

Eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Bergarbeiterorganisationen beschloß einstimmig, folgende Eingabe an das Königl. Oberbergamt in Dortmund zu richten: Essen, den 30. Dezember 1915.

An das Königl. Oberbergamt zu Dortmund.

Die unterzeichneten Organisationsvorstände bitten das Königl. Oberbergamt zu Dortmund, ihnen zur Besprechung der Antwort des Zechenverbandes auf die Lohnfrage der Verbände bezw. zum Zwecke der Vermittlung zwischen Zechenverband und Bergarbeiterorganisationen eine Unterredung gewähren zu wollen.

Vorstehend erwähnte Eingabe, die den Wunsch nach einer Lohnerhöhung von 10 bis 20 Prozent erhielt, wurde am 6. November dieses Jahres dem Zechenverband übermittelt. Die Antwort auf diese Eingabe trägt das Datum vom 2. Dezember. Die Organisationen, die den Sitz ihrer Hauptverwaltungen in nächster Nähe des Sitzes des Zechenverbandes haben, gelangten jedoch erst am 9. Dezember in den Besitz der Antwort. Dagegen war das Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin, wo sich anlässlich einer Besprechung von Bergarbeitervertretern im Handelsministerium zeigte, bereits am 7. Dezember im Besitz eines gedruckten Exemplars dieser Antwort. Schon diese Tatsache läßt eine Rücksichtnahme der organisierten Werksbesitzer auf die durch Verbände vorgetragene, gewiß nicht unbedeutenden Wünsche der Bergarbeiter sehr vermessen. Aber auch der Inhalt der Antwort des Zechenverbandes ist für die Bergarbeiter wenig entgegenkommend.

Die Antwort beschränkt sich, unter Ausföhrung einer Reihe von Zahlen über Belegschaftsverhältnisse, die von den Organisationen nicht nachgeprüft werden können, und unter Bezugnahme auf den Durchschnittslohn im 3. Quartal 1915, im wesentlichen auf den Hinweis, daß eine Steigerung der Löhne stattgefunden habe und eine weitere Steigerung stattfinden werde. Demgegenüber sei nur kurz bemerkt, daß die auch von uns anerkannte Lohnsteigerung nur einen ganz geringen Ausgleich mit den so gewaltig gestiegenen Preisen der Lebensmittel gebracht hat. Wie in der schon erwähnten Besprechung im Handelsministerium von dem Herrn Geheimen Oberbergamt Bernhold betont wurde, haben sich die Kosten der Lebenshaltung um 80 bis 100 Prozent vermehrt. Was will es gegenüber einer solchen ungeheuren Preissteigerung besagen, wenn die Löhne der Bauer und Lehrhauer im Ruhrgebiete seit dem 3. Vierteljahr 1913, auf welche Zahlen wir bereits in unserer Eingabe vom 6. November dieses Jahres hingewiesen haben, bis zum 3. Vierteljahr 1915 nur um 7,3 Prozent gestiegen sind!

Wiederholt ist auch von uns betont worden, daß ein vollständiger Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung nicht möglich sei. Zweifellos hätte aber erplich mehr geschehen können, wie geschehen ist, besonders auch mit Rücksicht auf die jetzt so notwendige Heberarbeit im Bergbau. Dazu kommt dann, daß nach Ausföhrung der Regierungsvertreter in der Konferenz im Handelsministerium am 7. Dezember im Oktober 1915 der Durchschnittslohn der Bergarbeiter noch auf sechzehn Schichtanlagen im Ruhrgebiete gefallen ist.

In der Antwort des Zechenverbandes vermischen wir auch ein Eingehen auf die von uns vorgebrachten Spezialwünsche der Bergarbeiter. So hatten wir einen besseren Ausgleich unter den Bedingelöhnen gewünscht, und zwar dahingehend, daß die am niedrigsten Entlohnten am meisten berücksichtigt würden. Erfahrungsgemäß bleibt ja ein sehr großer Teil der Bergarbeiter unter dem Durchschnittslohn ihrer Klasse. Des ferneren war darauf hingewiesen, daß gerade bei den Schichtlöhnern unter und über Tage die Lohnsteigerung sehr geringfügig gewesen und deshalb für diese Leute eine Lohnerhöhung besonders erforderlich sei. Der Lohn dieser Schichtlöhner ist seit dem 3. Vierteljahr 1913 um 5,9 bezw. 8,5 Prozent gestiegen. Erzdamm betrug derselbe aber im 3. Vierteljahr nur 4,85 bezw. 4,73 Mt.

Auch eine Neujahrsgabe.

Daß ich es gleich sage: Der deutschen Arbeiterschaft brachte das neue Jahr ein Geschenk, dessen sie sich mit ganzem Herzen freuen kann. Der „Vorwärts-Kalender“ ist wieder erschienen.

Ein gutes und schönes Werk zugleich, dabei aber kein Luxus, sondern ein Bedürfnis im vollsten Sinne des Wortes! Denn der „Vorwärts-Kalender“ ist das einzige zeitgenössische Druckwerk, welches alle Gedenktage der Arbeiterschaft gewissenhaft verzeichnet und im Verein mit seinem reichen statistischen Material eine fortlaufende Übersicht der Arbeiterklasse darstellt.

Verscheiden klopfte zwar unser Jahresbote unter dem schlichten Titel „Sozialdemokratischer Abreißkalender“ nun schon das vierte Mal an die Türen der Arbeiterwelt, doch wer ihm Einlaß gewährt, merkt gar bald, welche willkürlichen Gatt er empfangen. Er ist nicht nur ein Wandkalender, ein Jahresfahrplan wie so viele andere, sondern ein treuer Kamerad, ein Werkler des Schönen und Guten, ein wackerer Kämpfer im Streit unserer edlen Sache. Willkommen, doppelt willkommen in unserer Zeit!

Sein Kleid ist schlicht und einfach. In weichen, vornehmen braunen Farbentönen bringt der „Vorwärts-Kalender“ den großen Gedanken der Erlösung aus starrer Winternacht, die Sehnsucht nach Frieden, Licht und Freiheit zum Ausdruck: Ein abgemürktes Weib, eine Mutter mit dem Säugling an der Brust, rasst im verschneiten Land, während ihr Blick sich in die Ferne richtet, nach den

blühenden Gefilden des Frühlings. Dort, jenseits der Not und des Leides schreitet ein Knabe zur Quelle, die aus blühendem Grunde springt. Es ist der Vorn des Lebens, die Zukunft sein silberklarer Strahl.

Hell und freundlich hebt sich der gelblich getönte Tagesblock von der in Kupfer-Lesdruck ausgeführten Rückwand ab. Die Vorderseiten seiner Blätter zeigen in großer, deutlicher Ziffer Datum, sowie Tag und Monat an. In kultureller oder politischer Beziehung wichtige Geschehnisse werden hier erwähnt, ebenso Tageslänge und Mondwechsel. Ordnungszahlen für Woche und Tag und der übliche Raum für Notizen vervollständigen das Kalenderblatt.

Am wertvollsten aber ist der Inhalt der Rückseiten. Diese 367 Blätter geben dem Parteigenossen, dem Gewerkschafter, dem Arbeiter und seiner Familie vor allem ein umfassendes Bild über den augenblicklichen Stand und die Erfolge seines Aufwärtrens. Er n a p r e z a n g, der in Arbeiterkreisen weit und breit bekannte parteigenössische Schriftsteller hat hier mit unendlicher Mühe und peinlichster Sorgfalt ein Werk geschaffen, dem Besseres kaum an die Seite gestellt werden kann. In zahlreichen Tabellen und Statistiken wird das Wachsen und Werden der Arbeiterorganisationen aller Länder und Völker, ihr langsamer aber sicherer Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Macht dargelegt, wobei die freien Gewerkschaften Deutschlands ganz besonders eingehend behandelt wurden. Hier ist es wieder die Einwirkung des Krieges auf Mitgliederstand, Kaffegebahrung, Unterstützungszwecken, Fachpresse und Werbetrast der einzelnen Organisationen, welche das Interesse jedes Arbeiters erregen. Nicht weniger

Aufmerksamkeit wird der Konsum- und Genossenschaftsbewegung zuteil.

Zwischendurch aber findet sich eine Fülle gut gewählter Zitate und Aussprüche berühmter Männer, Sprüche, Gedichte erster und heiterer Art. Die Führer und Lehrer des Sozialismus sind natürlich ihrer Bedeutung gemäß vertreten, daneben kommen aber auch die Lacher und Spötter zu Ehren, unter denen einer, Glasbrenner, so liebevoll singt:

„Ach, zwei Wünsche wünscht' ich immer, leider immer noch vergebens, und doch find' ich die innig-frommsten, schönsten meines ganzen Lebens!“

„Daß ich alle, alle Menschen könnt' mit gleicher Lieb umfassen — und daß ein'ge ich von ihnen morgen dürfte hängen lassen.“

Diese Sammlung ist ein Neujahrsgeschenk, würdig der deutschen Arbeiterschaft. Und darum sollte sie sich jedes Kalenders recht oft erinnern, sollte ihm eine Heimstatt gewähren, in jedem Partei- und Gewerkschaftsbureau, in jedem Versammlungslokal, in jedem Arbeiterheim, kurz und gut in jedem Raum, wo Arbeiter aus- und eingehen.

Der „Vorwärts-Kalender“ ist 30 x 40 Zentimeter groß und zum Preise von 1,50 Mt. zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung oder gegen Voreinsendung des Betrages auch direkt vom Verlag Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

